

Abschrift

11 OH 8/23



Landgericht Aachen

Beschluss

gemäß § 358a ZPO

In dem selbständigen Beweisverfahren

S [REDACTED] gegen V [REDACTED] u.a.

soll durch Einholung eines schriftlichen Sachverständigengutachtens Beweis erhoben werden über folgende Fragen:

1.

Sind den Rettungskräften der Antragsgegnerin zu 2. und dem Antragsgegner zu 1. im Zusammenhang mit der Untersuchung und Behandlung des Antragstellers am 07.12.2022 und 08.12.2022 Diagnose- oder Behandlungsfehler unterlaufen? Insbesondere:

1.1.

Haben die Rettungskräfte der Antragsgegnerin zu 2) am 07.12.2022 fehlerhaft das Vorliegen einer Blinddarmentzündung beim Antragsteller verkannt?

1.2.

Haben die Rettungskräfte der Antragsgegnerin zu 2) am 07.12.2022 durch die von ihnen durchgeführten Untersuchungen einen Blinddarmdurchbruch verursacht?

1.3.

Haben Rettungskräfte der Antragsgegnerin zu 2) am 07.12.2022 fehlerhaft den Transport des Antragstellers in ein Krankenhaus verweigert?

1.4.

Hat der Antragsgegner zu 1) den Antragsteller am 07.12.2022 oder 08.12.2022 fehlerhaft nicht persönlich untersucht?

1.5.

Hat der Antragsgegner zu 1) fehlerhaft Mittel gegen Übelkeit und Reisekrankheit verordnet?

1.6.

Haben die Rettungskräfte bzw. der Antragsgegner zu 1) behandlungsfehlerhaft die Erhebung weiterer erforderlicher medizinischer Befunde zur Abklärung der Beschwerden des Antragstellers - gegebenenfalls: welcher Befunde? - unterlassen?

Welche Befunde hätte diese wahrscheinlich ergeben? Wie wäre hierauf zu reagieren gewesen? Wie wäre voraussichtlich der weitere Verlauf gewesen, wenn die erforderlichen Befunde ordnungsgemäß erhoben und fachgerecht hierauf reagiert worden wäre?

1.7.

Liegen sonstige Behandlungsfehler vor?

2.

Falls vorstehend Behandlungsfehler festgestellt wurden:

a)

Das Gericht hat zu entscheiden (sich hierzu aber der Sachkunde und Einschätzung des/der Sachverständigen zu bedienen), ob es sich gegebenenfalls um grobe Behandlungsfehler handelt. Solche liegen vor, wenn es sich im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Behandlungsgeschehens unter Berücksichtigung der konkreten Umstände aus objektiver ärztlicher Sicht bei Anlegung des für den Arzt geltenden Ausbildungs- und Wissensmaßstabs um Fehler handelt, die nicht mehr verständlich und verantwortbar erscheinen und die schlechterdings nicht unterlaufen dürfen.

Liegen die im letzten Satz genannten Voraussetzungen aus medizinischer Sicht vor?

Gilt dies gegebenenfalls in der Gesamtschau einer Reihe von Fehlern?

b)

Falls der/die Sachverständige in seinem/ihrer Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass eine oder mehrere Maßnahmen zur Befunderhebung (= Diagnosemaßnahmen) unterlassen wurden und sich diese Unterlassungen als einfacher Behandlungsfehler darstellen:

Hätte sich bei Erhebung des gebotenen Befundes mit hinreichender Sicherheit ein reaktionspflichtiges positives Ergebnis ergeben? Falls ja: Hätte eine Nicht- oder Fehlreaktion auf ein solches positives Ergebnis einen groben Behandlungsfehler im Sinne von Buchst. a) dargestellt?

c)

Falls der/die Sachverständige in seinem/ihrer Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass eine oder mehrere Diagnosen als solche unzutreffend waren:

Handelte es sich insoweit um einen fundamentalen Irrtum?

3.

Falls vorstehend einfache oder grobe Behandlungsfehler bejaht wurden: Welche Folgen haben sich aus diesen für den Antragsteller ergeben?

Der/die Sachverständige wird gebeten, insoweit anzugeben, welche Folgen - nach menschlichem Ermessen - mit Sicherheit oder jedenfalls überwiegender (mehr als 50%-iger) Wahrscheinlichkeit auf welchen festgestellten Behandlungsfehler zurückzuführen sind bzw. bzgl. welcher Folgen dies - nach menschlichem Ermessen - mit Sicherheit auszuschließen ist.

Insbesondere:

3.1.

Kam es behandlungsfehlerbedingt zu einem Blinddarmdurchbruch?

3.2.

Kam es behandlungsfehlerbedingt zu einer mehrmonatigen Verzögerung im Heilungsverlauf? Musste sich der Antragsteller behandlungsfehlerbedingt einer stationären Reha-Behandlung unterziehen?

3.3.

War der Antragsteller behandlungsfehlerbedingt gezwungen, seine Ausbildung zu verlängern?

3.4.

Sind die heute noch vorliegenden Beschwerden des Antragstellers im Unterbauch und im gastro-intestinalen Bereich sowie im Bereich der Narbe auf Behandlungsfehler der Antragsgegner zurückzuführen?

3.5.

Können diese therapiert werden (und wenn ja, wie?) oder handelt es sich um Dauerschäden?

Ist zukünftig mit weiteren behandlungsfehlerbedingten Einschränkungen oder Gesundheitsschäden zu rechnen? Wenn ja: mit welchen?

3.6.

Litt oder leidet der Antragsteller – belastungsunabhängig und bei Belastung – behandlungsfehlerbedingt unter Schmerzen?

Falls ja: Welche Aussagen lassen sich aus sachverständiger Sicht über die Schmerzen, insb. hinsichtlich ihrer Dauer, Intensität und Häufigkeit treffen? Musste oder muss der Antragsteller über einen längeren Zeitraum hinweg Schmerzmittel einnehmen?

3.7.

Kann der Antragsteller behandlungsfehlerbedingt seinem Hobby, dem Kraftdreikampf, nicht mehr nachkommen?

II.

Sofern der/die Sachverständige für die Anfertigung des Gutachtens auf Tatsachen zurückgreifen muss, die zwischen den Parteien streitig sind, so soll der/die Sachverständige diese Tatsachen vorab der Kammer mitteilen. Die Kammer wird sodann vor der Anfertigung des Gutachtens Beweis über die streitigen Tatsachen

erheben und dem Gutachter mitteilen, von welcher Tatsache er bei der Anfertigung seines Gutachtens auszugehen hat.

Für den Fall, dass es für die Anfertigung des Gutachtens auf streitige Tatsachen ankommt und eine alternative Begutachtung keinen erheblichen Mehraufwand für den Gutachter bedeutet, soll der/die Gutachter/in ein Gutachten für die jeweiligen Alternativen erstellen.

Soweit der/die Sachverständige schließlich sein/ihr Gutachten auf vorhandene **Leitlinien** stützt oder auf solche eingeht, wird er/sie gebeten, die zur Zeit der streitgegenständlichen Behandlung gültigen Leitlinien dem Gutachten in Anlage **beizufügen**.

III.

Den Antragsgegnern wird gemäß § 142 Abs. 1 ZPO aufgegeben, sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Krankenunterlagen betreffend die Behandlung des Antragstellers im Original zu den Gerichtsakten zu reichen.

IV.

1.

Dem Antragsteller wird aufgegeben, eine Erklärung zu den Akten zu reichen, wonach er sämtliche Ärzte, die ihn im Zusammenhang mit der Blinddarmentzündung behandelt haben oder behandeln, von der ärztlichen Schweigepflicht entbindet.

2.

Dem Antragsteller wird gemäß § 142 Abs. 1 ZPO weiterhin aufgegeben, sämtliche vollständigen Behandlungsunterlagen, insbesondere die eigene (hand-)schriftliche oder PC-gestützte Dokumentation (nicht nur Arztbriefe !) einschl. von Befunderhebungen wie Laborwerten, Röntgenaufnahmen und Ergebnissen sonstiger bildgebender Verfahren etc. derjenigen Ärzte bzw. Krankenhäuser zur Akte zu reichen, die ihn wegen der streitgegenständlichen Gesundheitsbeeinträchtigung vor – bzw. nachbehandelt haben, insbesondere die Behandlungsunterlagen des Krankenhauses M[REDACTED] und der Gemeinschaftspraxis Dres. S[REDACTED]/H[REDACTED]E[REDACTED]/B[REDACTED].

Die Kammer weist zur Vermeidung bereits häufiger aufgetretener Missverständnisse darauf hin, dass sie nicht lediglich die Vorlage von im Besitz des Antragstellers befindlichen ärztlichen Unterlagen begehrt, sondern die Vorlage sämtlicher vollständigen Behandlungsunterlagen. Die Ärzte bzw. Krankenhäuser mögen folglich gebeten werden, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder unmittelbar an das Gericht zum Aktenzeichen des vorliegenden Verfahrens zu übersenden, was nach Kenntnis der Kammer in vielen Fällen problemlos geschieht.

3.

Erfahrungsgemäß werden der Kammer angeforderte Behandlungsunterlagen u.a. auf Datenträgern zur Verfügung gestellt (CD-Rom; USB-Stick usw.), auf welchen die Daten oftmals nicht verschlüsselt sind. Im Hinblick auf den **Datenschutz** werden die Parteien um ausdrückliche Zustimmung gebeten, dass die Kammer die Datenträger in gleicher Weise, wie sie ihr übermittelt wurden, an Sachverständige oder an im Wege der Akteneinsicht Berechtigte schicken darf.

V.

Der/die Sachverständige wird im Übrigen gebeten, weitere Behandlungsunterlagen, die sich noch nicht bei den Akten befinden und die er/sie für die Begutachtung benötigt, selbständig bei den behandelnden Ärzten beizuziehen. Er/sie wird in diesem Fall weiter gebeten, das Gericht und die Prozessbevollmächtigten der Parteien hierüber zu unterrichten.

Sollte dem/der Sachverständigen die Beiziehung für erforderlich erachteter weiterer Behandlungsunterlagen nicht gelingen, wird er/sie um Mitteilung an das Gericht und Zurückstellung der Gutachtenbearbeitung gebeten. In diesem Fall wird das Gericht die Behandlungsunterlagen beiziehen.

VI.

Als Sachverständiger für den Bereich des Hausarztwesens wird bestellt:

Prof. Dr. K. W.

Hausarzt 51 B. H.

Für Sachverständige aus dem Bereich des Rettungswesens soll die Ärztekammer Nordrhein um Vorschläge gebeten werden.

VII.

Die Einholung des Sachverständigengutachtens ist davon abhängig, dass der Antragsteller einen Auslagenvorschuss in Höhe von 6.000,-- € bei der Zentralen Zahlstelle der Justiz NRW einzahlt.

VIII.

Frist zur Erfüllung der Auflagen und Erhebung evtl. Einwendungen bzgl. des Sachverständigen für beide Parteien:

Sechs Wochen ab Zugang dieses Beschlusses

IX.

Die gemäß Ziffer III., IV.2. vorzulegenden Behandlungsunterlagen werden bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens auf der Geschäftsstelle der Kammer verbleiben und nur zu beauftragenden Sachverständigen sowie Rechtsmittelinstanzen ausgehändigt werden. Die jeweils andere Partei kann Einsicht in diese Unterlagen nur auf der Geschäftsstelle der Kammer nehmen, § 134 ZPO.

X.

Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Beschlusses auch ohne erneute mündliche Verhandlung bleiben vorbehalten.

Aachen, 07.12.2023

11. Zivilkammer

Dr. Hellenbroich
Vorsitzender Richter am
Landgericht

Gävert
Richterin am Landgericht

Dierks
Richterin